

BEZAHLBARE MIETEN – MEHR WOHNUNGEN

Bezahlbare Mieten für alle, auch in Großstädten. Keine Mietpreisexplosion. Und beim Umzug auch wieder kostengünstig eine neue Wohnung finden. Dafür hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen gekämpft. Und das hat sie erreicht:

▶ **WIE FUNKTIONIERT DIE MIETPREISBREMSE ?**

Die Mietpreisbremse stoppt den Anstieg der Mietpreise bei bestehenden Mietverträgen und wenn eine Wohnung neu vermietet wird. In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt darf die Miete bei Wiedervermietung deshalb künftig nur um 10 % über dem örtlichen Niveau liegen. So bleibt die Mieterstruktur in einem Viertel erhalten. Verdrängung und Wohnungsspekulationen werden gestoppt. Für bestehende Verträge in diesen Gebieten gilt, dass die Miete in drei Jahren nur um maximal 15 % ansteigen darf.

▶ **WER ZAHLT DEN MAKLER ?**

Wer den Makler bestellt, der bezahlt ihn auch. Also zahlt in der Regel der Vermieter und nicht mehr der Mieter die Maklergebühren.

▶ **WER TRÄGT DIE MODERNISIERUNGSKOSTEN ?**

Künftig dürfen jährlich nur noch höchstens 10 Prozent der Modernisierungskosten auf die Miete umgelegt werden. Vor allem aber dürften diese Kosten nur noch so lange an die Mieter weitergeben werden, bis sie abbezahlt sind. Bisher konnte der Vermieter die Kosten unbefristet umlegen, auch wenn sie längst getilgt waren.

▶ **WIE SOLLEN MENSCHEN MIT GERINGEM EINKOMMEN IHRE MIETE BEZAHLEN ?**

Um Menschen mit geringerem Einkommen gutes Wohnen zu ermöglichen, werden die Leistungen des Wohngeldes verbessert. Leistungshöhe und Miethöchstbeträge werden daran angepasst, wie sich die Bestandsmieten und Einkommen entwickeln. Damit werden Menschen mit geringem Einkommen davor geschützt, allein wegen hoher Wohn- und Nebenkosten Hartz IV oder Grundsicherung beantragen zu müssen.

▶ **WAS WIRD NOCH GETAN, UM DIE VERDRÄNGUNG VON MENSCHEN MIT NIEDRIGEM EINKOMMEN ZU VERHINDERN ?**

Der soziale Wohnungsbau wird gestärkt. Die Bundesländer werden mit jährlich 518 Millionen Euro beim Bau neuer Sozialwohnungen und der sozialverträglichen Wohnungssanierung unterstützt. Die Bundesländer sollen hier noch weiteres Geld beisteuern. Außerdem können leichter Grundstücke im Eigentum des Bundes zu niedrigen Preisen abgegeben werden, um dort bezahlbare Wohnungen zu bauen. Auch die Mittel für die Städtebauförderung werden erhöht.